Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 4

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schwere Hungerrevolten in China

Nach den von Peking selbst verkündeten Säuberungen von Partei und Staat infolge der schweren Missernten, meldet man aus Formosa Bauernaufstände in den südchinesischen Hungergebieten. Solche Unruhen meldet zwar Taipeh mehr oder weniger periodisch vom Festland, doch scheinen sie diesmal grössere Ausmasse angenommen zu haben.

Not im Tibet

Eine grosse Versorgungskrise herrscht im Tibet, wo die Chinesen die Lebensmittelvorräte der Bevölkerung wegtransportiert haben. 5000 Tibeter sind nach indischen Schätzungen an Unterernährung gestorben.

Ein amerikanisches Angebot

Da der Ostblock infolge verschiedener Ernterückschläge offenbar zu Getreidelieferungen nicht in der Lage ist, forciert Peking seine Einkäufe im Westen. 36 Schiffe wurden für den Transport kanadischer Gerste gechartert.

Aufsehen erregte die Erklärung Kennedys, dass auch die USA sich zu Getreidelieferungen an China finden könnten, falls das Mao-Regime das nicht als Propagandaaktion ausschlachte. Peking setzt immer noch gewisse Reis-Exporte fort, vor allem nach asiatischen und afrikanischen Gebieten.

Diplomatische Anerkennung

Inoffiziell verlautete im Weissen Haus, die Regierung Kennedy prüfe die Frage der Beziehungen zur chinesischen Volksrepublik. Eine allfällige Anerkennung Pekings entspräche der Linie des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und jetzigen Uno-Delegierten Stevenson. Zu den Bedingungen würde eine Verzichterklärung Chinas auf einen Angriff gegen Formosa gehören.

In Japan teilte unterdessen Ministerpräsident Ikeda mit, dass seine Regierung die Chinesische Republik «unter den gegenwärtigen Umständen» nicht anerkennen werde. Da er jedoch andeutete, dass diese Frage nicht lediglich zwischen Tokio und Peking entschieden werden könne, sondern die ganze Welt angehe, dürfte eine neue Stellungnahme Washingtons auch in Tokio Auswirkungen haben.

Am Rande ...

Das Zentralkomitee der revolutionären Volkspartei der Mongolei (Kommunisten) hat sich nach einer Tass-Meldung in Ulan-Bator bereit erklärt, «die in Moskau gefassten Beschlüsse der Vertreter von 81 kommunistischen Parteien voll und ganz zu unterstützen».

*

In New York verhaftet wurde Herman Frederick Marks, der Henker im Dienste des Castro-Regimes, der allgemein unter dem Namen «Metzger» bekannt war, da er viele Hinrichtungen geleitet hat.

*

In Blonje bei Breslau wurde eine «geheime und illegale Druckerei» der Zeugen Jehovas ausgehoben, wo einzig im Monat Dezember mehr als vier Millionen Seiten illegaler Literatur gedruckt worden seien.

*

Chruschtschew befindet sich auf einer Inspektionstour durch jene Gebiete, deren Landwirtschaftsmisserfolge er vor dem Plenum des ZKs so scharf beanstandete. Von der Ukraine, wo er in Kiew eine grosse Rede hielt, führt ihn die Reise nach Georgien, dem Kaukasus und den umstrittenen Neulandgebieten von Kasachstan und Sibirien weiter.

Redaktionsschluss: 30. Januar 1961

Umsturz in Salvador

In El Salvador wurde am vergangenen Mittwoch durch rechtsextreme Elemente die Regierung gestürzt. Die neue Regierungsjunta, die vorwiegend aus jungen Offizieren besteht,

widersetzte sich, wie verlautet, einer sozialistischen und Castro freundlich gesinnten Politik.

Die Mitglieder der neuen Regierung: Oberst Anibal Portillo, Oberstleutnant Julio Rivera, J. F. Valiente, J. A. Rodriguez Porch und F. Abelardo haben die Verfassung aus dem Jahre 1950 wieder in Kraft gesetzt.

Notzustand in Venezuela

In Venezuela, wo schon im Spätherbst schwere Studentenunruhen ausgebrochen waren, liess Präsident Betancourt, der den sich verstärkenden Einfluss der Castro-Anhänger fürchtet, den Notzustand proklamieren. Das Land wird es schwer haben, durch die rechtzeitige Durchführung der beabsichtigten Reformen den revolutionären Strömungen den Boden zu entreissen.

Südtirol ungeklärt

In Mailand fand eine erfolglose italienisch-österreichische Verhandlung über die Frage des Südtirols ihren Abschluss. Die Aussenminister Segni und Kreisky mussten nach zwei Tagen einsehen, dass sich ihre Standpunkte nicht vereinbaren liessen. Sogar zum Schlusscommuniqué brauchte man fünfeinhalb Stunden. Aus ihm geht hervor, dass die Besprechungen an der österreichischen Forderung auf Autonomie der Provinz Bozen scheiterten.

Santa Maria!

Von der Realität der portugiesischen Revolution wusste man bisher wenig, aber sie hat sich ein Aushängeschild von eindrücklicher Werbekraft zugetan. Hauptmann Galvao kaperte ein Passagierschiff (revolutionärer Nutzwert abgesehen von Propaganda gleich Null) und fuhr damit unter Eskorte amerikanischer Flotteneinheiten bis vor die brasilianische Küste, nachdem ihm der im Exil lebende portugiesische Oppositionsführer Delgado vor aller Welt bescheinigt hatte, dass es sich dabei nicht um Seeräuberei, sondern um Politik handle.

Man braucht nicht unbedingt Sympathie für die Salazar-Diktatur, um das Vorgehen eigenartig zu finden. Sofern sich eine Gewährsperson bereitfindet, einem ein Zeugnis eines politischen Motivs auszustellen, könnte man also ein Objekt entwenden, hunderte von Personen eine beliebige Zeit der Freiheit berauben, und niemand darf etwas tun oder sagen.

Ruanda ist Republik

Der Präsident der provisorischen Versammlung von Ruanda, Joseph Gitera, hat an einer öffentlichen Versammlung in Gitarama im Beisein ruandischer und europäischer Behörden die Republik proklamiert. Zum neuen Präsidenten der neuen Republik (belgisch) wurde der Vertreter der grössten Partei, der Parmehutu-Partei, Mbonyumuta, gewählt.

Der Staatschef kündigte die Schaffung eines Obersten Gerichtshofes an und erläuterte die Grundsätze, von denen sich der neue Staat leiten lassen werde: Ruanda sei eine souveräne und demokratische Republik, sie sei in zehn Präfekturen eingeteilt, die ihrerseits in Gemeinden eingeteilt seien. Alle Bürger seien vor dem Gesetze gleich. Ruanda anerkenne indessen die vorübergehende Treuhandschaft der Uno und Belgien als Verwaltungsmacht. Das zwei Millionen Menschen zählende Ruanda war vor 1914 deutsches Gebiet. 1918 wurde es vorerst vom Völkerbund und nachher von den Vereinten Nationen unter Treuhandschaft gestellt.

Belgien, welches das Territorium verwaltet, hat Ruanda kürzlich die Autonomie gewährt. Seit den blutigen Ereignissen des Jahres 1959, in denen es zwischen Angehörigen der Stämme der Bahutu und der Batutsi zu Kämpfen kam, halten belgische Truppen das Gebiet besetzt. Der König, Kigeri der fünfte, hat Ruanda vor mehreren Monaten verlassen, um bei der Uno und bei gewissen ausländischen Staaten Unterstützung zu suchen.

Nach dem Amtsantritt Kennedys

Wie der neue amerikanische Präsident Kennedy an seiner ersten Pressekonferenz u. a. bekanntgab, haben die USA beschlossen, die Lieferung von Lebensmitteln nach dem Kongo zu erhöhen. Amerika hat einstweilen nicht die Absicht, mit Kuba wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Auch beabsichtigt der neue Präsident «vorderhand nicht, mit Chruschtschew zusammenzutreffen. «Der Dollar könne und müsse geschützt werden. «Zurzeit werden Mittel und Wege geprüft, um dem Goldabfluss zu begegnen, ohne weiterhin zu so unglücklichen Massnahmen wie dem Rückruf der Angehörigen des amerikanischen Militärpersonals im Ausland Zuflucht nehmen zu müssen». Die Freilassung der beiden «RB-47»-Flieger durch die UdSSR wurde seitens Kennedys mit «grosser Genugtuung» vermerkt, der auch erklärte, er habe die Weisung gegeben, dass Flüge wie jene mit dem «U-2» nicht wieder aufgenommen würden.

Der neue ständige Vertreter der USA bei der Uno, Adlai Stevenson, konferierte mit Uno-Generalsekretär Hammarskjöld, wobei die Uno und die USA berührende Fragen erörtert wurden.

Liberia wurde von den USA eine 6,25-Millionen-Dollar-Hilfe angeboten.

Kuba lenkt nicht ein

Die Hoffnung auf baldige Besserung der Beziehungen zwischen Washington und Havanna scheint sich schon weitgehend zerschlagen zu haben, nachdem sechs Amerikaner von einem kubanischen Revolutionsgericht wegen eines «konterrevolutionären Invasionsversuches» zum Tode verurteilt wurden.